

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Wahlprüfsteine der Landestierärztekammer Hessen

Juli 2023

Antworten des tierschutzpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag,

Volker Richter.

1. Fachkräftemangel – Zahl der Studienplätze

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dieser Situation zu begegnen?

Wie in vielen Bereichen und Berufen, fehlt es derzeit an Arbeitskräften und Menschen, was man zu einem großen Teil nur lösen kann, wenn unsere Gesellschaft sich wieder als Leistungsgesellschaft versteht und somit nicht diejenigen bestraft werden, welche Leistung bringen, sondern sich damit einen höheren Lebensstandard verdienen können. Ohne dafür steuerlich immer mehr belastet und gesellschaftlich als "reich" abgewertet zu werden. Zusätzliche Studienplätze benötigen Lehrkräfte, die aktuell ebenfalls nicht ausreichend zur Verfügung stehen, die derzeitige Situation lässt sich somit nur mittel- bis langfristig lösen, indem man augenblicklich damit beginnt, die Probleme unseres Landes auch tatsächlich anzugehen, anstatt immer neue Problemfelder zu schaffen, die man nachfolgend ebenfalls nicht zu lösen vermag. Dazu gehört natürlich der Abbau von Bürokratie ebenso, wie auch eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes, da ansonsten nun mal die Vielfalt der Aufgaben mit einer geringen Personaldecke nicht zu lösen sind. Aber - ohne Umkehr in der gesamtgesellschaftlichen Bewertung von Leistung, Verdienst und Lebensstandard, werden wir auf Dauer weder notwendiges Personal aufbauen, noch die bisherigen Qualitätsstandards halten können.

2. Aufkaufen von Praxen und Kliniken durch Investoren

Werden Sie sich für eine entsprechende Änderung einsetzen?

Die Kernfrage ist hier, welche Struktur die bestmögliche Versorgung ermöglicht, somit müssen die in Frage 1 entwickelten Lösungsansätze auch tatsächlich umgesetzt werden. Werden diese nicht umgesetzt, auch dies gilt wieder für viele Bereiche in unserem Land, werden Ketten und Investoren eine Möglichkeit sein, entsprechende Versäumnisse auszugleichen, was zu all den uns bekannten weiteren Problemen führt.

Die Antwort auf Ihre Frage kann somit nur mit ja beantwortet werden, wenn politisch die Rahmenbedingungen dergestalt geändert werden, dass tatsächlich auch Veränderungen stattfinden. Hieran haben wir unsere Zweifel, denn leider sind wir in eine Situation gekommen, welche man bereits Jahre zuvor hätte erkennen und gegensteuern müssen. Den Glauben, dass eine späte Einsicht zu klaren Problemlösungen überhaupt existent ist, können wir derzeit nicht erkennen.

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

3. Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO)

Werden Sie sich für eine Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO) einsetzen, die insbesondere folgende Punkte enthält:

- o Verpflichtung für alle Hundehalter zum Abschluss einer Hunde-Haftpflichtversicherung;
- o Pflicht zur Kennzeichnung aller Hunde mittels Mikro-Chip sowie zur Registrierung in einem zentralen Haustierregister;
- o obligate theoretische Sachkundeprüfung vor der Anschaffung eines Hundes;
- o praktische Überprüfung des theoretischen Tests ein Jahr nach dem Erwerb des Hundes;
- o Abschaffung der Liste der sogenannten gefährlichen Hunde, da sich der Nutzen der Liste weder im praktischen Vollzug noch auf wissenschaftlicher Basis betätigt hat.

Zu den einzelnen Punkten:

- a. Ja, eine Hundehaftpflichtversicherung ist unerlässlich
- b. Ja, eine solche Kennzeichnung hat sehr viele Vorteile
- c. Nein, eine solche Sachkundeprüfung sehen wir nicht als zielführend an
- d. Nein, eine solche Überprüfung sehen wir nicht als zielführend an.

(Anmerkung: Auch hier kann bedacht werden, dass solche Prüfungen bei einem erheblichen Fachkräftemangel zu einem Bürokratieaufbau und Bindung von Ressourcen führt, welche an anderen Stellen notwendiger sind)

4. Organisation der Behandlung von Wildtieren und Tieren, deren Besitzer:innen die Kosten nicht tragen kann

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dieser Situation zu begegnen?

Hier ist der Kerngedanke von Antwort 1 entscheidend, eine Leistungsgesellschaft bietet den Bürgern viele Möglichkeiten. Dazu gehört, sein Leben selbst zu gestalten und in Freiheit zu entscheiden, wie das eigene Leben geführt wird. In Verbindung damit steht auch ein hoher Anteil an Selbstverantwortung und dem Wissen, dass der "Staat" nicht allmächtig über seine Bürger wacht und ihm jegliche Entscheidung abnimmt, bzw. alles und jedes finanziert.

Somit ist auch hier ein gesellschaftliches Umdenken notwendig, so dass jemand der sich etwas schlicht nicht leisten kann, nicht zu erwarten hat, dass andere dafür aufkommen. Damit ist kurzfristig leider den betroffenen Tieren nicht geholfen, so das auf kurze und mittlere Sicht zwei Maßnahmen notwendig sind:

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Zum einen eine Sensibilisierung der Bevölkerung gerade hinsichtlich des Tierschutzes. Wir diskutieren stundenlang über Gendersternchen und vieles mehr und nehmen uns kaum oder gar nicht mehr die Zeit, den Tierschutz und damit verbundene Aufklärung und Diskussionen zu verknüpfen. Dies kann und muss bereits in den Schulen stattfinden.

Dass die Lasten nicht von den Tierärzten getragen werden können und Aufnahmestationen übervoll sind zeigt erneut deutlich, dass die politischen Rahmenbedingungen weit im Voraus nicht geschaffen wurden und man nun, wo die Probleme übergroß werden, kurzfristige Antworten erwartet, bzw. irgendwen finden möchte, der dafür die Verantwortung übernimmt, also die "Zeche" zahlt. Tatsächlich ist der "Staat", also wir alle, in der Pflicht, die Realität ist aber auch hier hart, am Ende wird die Politik ebenso wenig handeln, wie bei vielen anderen Problemfeldern und dann trifft es die "letzten" in der Kette. Die Entscheidung ob man so weiter verfahren kann, wenn man jahrzehntelange Erfahrungen mit Politikern hat, welche diese Probleme verursacht haben, trifft tatsächlich der Wähler in der Wahlurne und mit dem Wissen, dass wir uns gesamtgesellschaftlich auf einem Weg befinden, welcher keine Probleme löst, sondern immer weitere schafft.

Hier gibt es mit Sicherheit viele wohlfeile Worte und schöne Ankündigungen, aber in zehn Jahren werden sich die hier geschilderten Problemfelder und viele andere noch verschärft haben.

Man kann Fonds bilden, man kann Stiftungen ins Leben rufen, man kann ehrenamtlich vieles abdecken, man kann Steuergelder einsetzen und dies vorschlagen. Wahrscheinlich nickt dann auch jeder und ist froh, kurzfristig die Fragen beantwortet bekommen zu haben.

Langfristig aber sind dies alles keine Lösungen, sondern Krücken, um irgendwie politisch Zeit zu gewinnen und zu überleben. Aber nicht, um dann wirklich dauerhafte Lösungen mit den Verbänden zu erarbeiten, sondern weiter vor sich hin zu wursteln.

So lange dies gesellschaftlich so mitgetragen und nicht klare Forderungen politischen Druck aufbauen, so lange wird sich auch nichts verändern.